

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.
Sommer Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen.

Postkonton: Dresden 133.
Stroßasse Rieser Nr. 52.

Nr. 210.

Mittwoch, 9. September 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 26 Gold-Pfennige; die 36 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Kuponen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Vor der Einladung an Deutschland.

Es scheint zu den unumgänglichen Formeln der Diplomatie zu gehören, daß politische Besprechungen zwischen führenden Staatsvertretern, mögen sie auch in eine noch so kritische, von Problemen erfüllte Zeit fallen, zunächst als „reine Höflichkeitsschmeichelei“ oder „Privatgespräche“ hingestellt werden. Warum die Zusammenkunft zwischen Chamberlain, Briand, Painlevé, die von Genf nach Versailles-Bains gefahren sind, und Baldwin als reiner Höflichkeitsschmeichelei aufgemacht wird, ist nicht recht begrifflich. Wird es doch allgemein als sicher angesehen, daß in Genf und Umgebung nunmehr der Wortlaut der Einladung festgelegt wird, die an Stresemann gerichtet werden soll, desgleichen Ort und Zeit des Zusammenkommens. Die Ergebnisse der Londoner Konferenz liegen nun vor. Sir Cecil Durré, der britische juristische Sachverständige von London, ist in Genf eingetroffen. Ebenso ist Ministerialdirektor Gauß nach Berlin zurückgekehrt. In englischen Kreisen legt man Wert darauf, den Durré-Konferenz hinsichtlich der Wertbarkeit der juristischen Auseinandersetzungen zu betonen. Allerdings verheißt man sich auch englischerseits nicht, daß in der Sicherheitsfrage noch sehr wesentliche und zwar in den Kern des Problems hineinreichende Meinungsverschiedenheiten bestehen. So ist man sich durchaus darüber klar, daß die Lösung der Rheinlandfrage in einer Form abgeschlossen werden kann, der Frankreichs und Deutschlands Zustimmung findet. Die Übernahme der in der Briand-Chamberlain'schen Formel für die deutschen Westgrenzen im Falle eines klagenden Angriffes gewährten Bestimmungen auf die Ostgrenzen ist aber auch nach Ansicht englischer Kreise für Deutschland außerordentlich schwierig. Man weiß ganz gut, daß die gegenwärtige Reichsregierung, die sich auf die deutschen Rechte stützt, nur bis zu einem gewissen Grade entgegenkommen kann und daß andererseits eine Regierungskrise in Deutschland augenblicklich die Entwicklungen und Annäherungen der letzten Monate durchkreuzen, ja vielleicht zerstören müßte. Als nicht gerade förderlich hat man auch diejenigen Teile der Rede Painlevé's empfunden, in welchen der französische Ministerpräsident für eine Wiederbelebung des von England begründeten Genfer Protokolls Stimmung zu machen sucht. Man will von einer solchen Wiederbelebung einer Seite nichts wissen. Vom deutschen Standpunkte aus kann man diese Haltung Englands nur begrüßen. Hat doch das Genfer Protokoll es versucht, in möglichst harter Form die Ergebnisse der Friedensdiktate ein für allemal unter gegenwärtiger Bindung der Unterzeichner festzulegen. Diese Verewigung würde eine Steigerung der Unsicherheit, nicht der Sicherheit, in den europäischen Verhältnissen bedeuten. Wenn man nichts weiter will, als Deutschland ohne Gegenleistung ein beschränktes Versailler Diktat in der Grenzfrage auszuwerfen, so möge man sich die Einladung sparen.

Dr. Gauß in Berlin.

Ministerialdirektor Dr. Gauß ist von der Londoner Juristenkonferenz nach Berlin zurückgekehrt, um dem künftigen Amt Bericht zu erstatten. Selbstverständlich wird auch der Reichsaussenminister, der Reichsfinanzminister und der Reichspräsident unmittelbar nach der Rückkehr von Dr. Gauß informiert werden. Es steht aber noch nicht fest, ob die in Ferien weilenden Minister ihren Urlaub abbrechen und nach Berlin zurückkehren werden, um sofort zu einer Kabinettsitzung zusammenzutreten. Die Entscheidung liegt beim Reichkanzler Dr. Luther. Im übrigen wird in Berliner politischen Kreisen eifrig die Frage ventiliert, ob Dr. Stresemann allein oder in Begleitung des Reichsfinanzministers und des Reichsinnenministers Schritte zu der Konferenz der Außenminister fahren soll. Das Organ des Außenministers vertritt die zweifelhafte Auffassung, daß wünschenswerter Weise nicht ein einzelner deutscher Minister mit der Führung der Verhandlungen auf der Außenministerkonferenz beauftragt wird, weil dann der deutsche Außenminister vier fremden Außenministern gegenüberstehe, die in wochenlangen Beratungen und in persönlichen Verkehr bereits alle Fragen gründlich durchgesprochen und sich auf ein Programm geeinigt hätten. Die „Kreuzzeitung“, das Organ des deutsch-nationalen Führers Westarp, verpflichtet dieser Auffassung bei und bemerkt zutreffend: „Auch wenn es sich bei der von der Gegenseite geplanten Konferenz noch nicht um abschließende Verhandlungen, sondern mehr um eine Fühlnahme handeln sollte, so wäre die Sachlage keine andere, denn auch solche vorbereitenden Besprechungen führen bekanntlich immer zu Bindungen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.“ Im übrigen hält die „Kreuzzeitung“ die Frage der Außenministerkonferenz überhaupt noch gar nicht für spruchreif. Auch diese Auffassung ist sehr bemerkenswert und politisch überaus besonnen.

Konstituierende Versammlung der Völkerbundskommissionen.

Genf. Die sechs Ausschüsse der Völkerbundsversammlung haben gestern nachmittag eine kurze, konstituierende Versammlung abgehalten und beschlossen, daß die Verhandlungen öffentlich sein sollen. Der Politische Ausschuss ernannte einen Unterausschuss mit 14 Mitgliedern, der den von Viscount Cecil of Chelwood namens der englischen

Regierung eingebrachten Entwurf für ein internationales Protokoll zur Bekämpfung der Sklaverei durchberaten soll.

Genf. (Kunstsprache.) Der von Lord Cecil im politischen Ausschuss der Völkerbundsversammlung eingebrachte Entwurf für ein internationales Protokoll zur Bekämpfung der Sklaverei erregt deren völlige Befestigung, die nach englischer Auffassung nur mit einer neuen verstärkten Konvention erreicht werden kann. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die bestehende internationale Konvention von St. Germain, die übrigens nur von fünf Staaten ratifiziert worden sei, nicht ausreichend sei. Bereits die erste Erörterung des englischen Vorschlags, bei der besonders Lord Andrade (Portugal) und Lord Cecil hervorstraten, zeigt, daß der englische Vorschlag zu Auseinandersetzungen führen wird.

Ein israelisch-palästinensischer Appell an den Völkerbund.

Genf. (Kunstsprache.) Der Führer des israelisch-palästinensischen Komitees Nissel Reisfalah verlangt von einem aus Kairo dabinertem Appell an die Völkerbundsversammlung bringen deren Intervention, um dem Werke der Zerstückelung, die in Syrien bereits eine tragische Wendung genommen habe, ein Ende zu bereiten. Die Völkerbundsversammlung wird aufgefordert, eine Abordnung nach Syrien und Palästina zu entsenden, um die Ursachen der dortigen Wirren zu untersuchen.

Die Finanzlage Oesterreichs.

Genf. Die Frage des Abbaues der Finanzkontrolle in Oesterreich stand gestern vor dem Finanzkomitee des Völkerbundes zur Beratung. Die Aussprache ergab, daß auch das Finanzkomitee des Völkerbundes grundsätzlich für die Einleitung des Abbaues der Kontrolle ist. Das Komitee sprach sich jedoch dafür aus, daß mit Beginn des Abbaues ein Delegierter des Völkerbundes nach Wien entsandt und der österreichischen Nationalbank als Beobachter beigegeben werden soll. Da von englischer Seite wiederum wie vor einigen Tagen mit Rücksicht auf die Interessen des ausländischen Kapitals Bedenken gegen einen Abbau der Finanzkontrolle geltend gemacht wurden, beabsichtigt das Finanzkomitee, dem Völkerbunde vorzuschlagen, daß sich die österreichische Regierung im Voraus verpflichten solle, mit der Wiedereinführung der Kontrolle einverstanden zu sein, falls eine solche sich nach Meinung des Völkerbundes nötig erweisen sollte.

Der Stand der Handelsvertragsverhandlungen.

Genf. Am 15. September werden die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich durch den Staatssekretär Trendelenburg wieder aufgenommen werden. Die Schwierigkeiten, die bekanntlich diesen Verhandlungen entgegenstehen, sind insbesondere von dem Schicksal der neuen französischen Zolltarifnovelle abhängig. Es ist noch ungewiß, zu welchem Zeitpunkt diese Novelle auf dem Gesetz erlassen werden wird. Sollte die Novelle erst in einem späteren Stadium zur Annahme gelangen, so soll versucht werden, zunächst ein Provisorium zustande zu bringen. Bei einer Annahme der Novelle in einem früheren Zeitpunkt will man sofort zu einem endgültigen Handelsvertrag kommen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland fanden vor etwa acht Tagen auf einem Standpunkt, daß die deutsche Delegation an eine Abreise dachte. Inzwischen sind aber die Verhandlungen doch wieder in Gang gekommen, wenn sie auch zunächst wegen der Ferner in Lemingrad, bei denen die russischen Delegierten anwesend sein sollen, für einige Tage unterbrochen sind. Davon kann nicht gesprochen werden, daß diese Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß ständen, wie sie überhaupt nicht mit einem zu großem Optimismus betrachtet werden dürfen.

Schwerer Eisenbahnunfall eines Militärzuges in Donauwörth.

Augsburg. (Kunstsprache.) Die Eisenbahndirektion Augsburg teilt mit: Der Militärsonderzug 40347, der das 3. Bataillon des 14. Reichsheer-Inf.-Regts. Konstantz und Teile eines Ausbildungs-Btlz. Donauwörthingen von Ulm nach Treuchtlingen beförderte, stieß heute früh 12.55 Uhr bei der Einfahrt in die Station Donauwörth in eine über das Gleis hinwegführende Fahrgeleise hineinragende Wagengruppe auf. Durch den Anprall wurde der hinter der Lokomotive laufende Packwagen und der folgende mit Soldaten besetzte Personenwagen ineinander geschoben. Der als Zugführer fahrende Oberstleutnant Stehr aus Augsburg sowie der Reichsheerfeldwebel Fritz Schwehr aus Freiburg im Breisgau wurden hierbei so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. Außerdem wurden vier Reichsheerfeldwebel schwer und sehr leicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht unbedeutend. Der Unfall wurde durch ein Versehen bei der Geseleerichtung im Bahnhof Donauwörth, der durch den Viehmarkt vom 8. September stark beansprucht war, herbeigeführt. Ärzte und Sanitätsmannschaften waren alsbald zur Stelle. Die Verletzten sind im Donauwörther Krankenhaus untergebracht. Mit dem Augsburger Hilfsärztesonderzug trat der Präsident der Reichsbahndirektion ein, um die nötigen Arbeiten persönlich zu leiten. Der Militärsonderzug konnte die Fahrt um 8 Uhr früh mit fünfjähriger Verzögerung fortsetzen.

Deflation.

Was Inflation ist, haben wir in den Kriegsjahren durchgeprobt, mit der sicheren Erkenntnis, daß eine Wiederholung den Untergang der deutschen Wirtschaft bedeuten würde. Die Inflation ist die hemmungslose Erzeugung von Papiergeldscheinen, deren Wertlosigkeit in dem Maße steigt, wie die Schaffung dieser Geldscheine jeden Zusammenhang mit der Wirtschaft verliert. Es ist die Wirtschaft, die den Wert, d. h. die Kaufkraft, der Geldscheine bestimmt. Daran ändern auch die schärfsten Deckungsvorschriften des Bankgesetzes nichts. Wenn diese Vorschriften anordnen, daß die Banknoten voll durch Gold gedeckt sein müssen, so wird die Kaufkraft darum nicht gleich bleiben oder gar steigen, wenn auf der Wirtschaftseite erhebliche Veränderungen vor sich gehen. Es ist deshalb wichtig, das zu wissen, weil die Deflation eingeleitet ist. Deflation ist die gewaltsame Senkung des Zahlungsmittelumsatzes, um dadurch eine Senkung der Preise zu erzielen, weil sich die Produktion unbedingt mit einer bestimmten Menge Geldscheinen behelfen muß. Es wird vielfach behauptet, daß nach der Befestigung der Währung, d. h. nach Schaffung der Rentenmark, zu viel Geldscheine in den Verkehr gekommen seien. Zur Begründung wird darauf verwiesen, daß die volkswirtschaftliche Produktion heute nur einen Wert von 27-28 Milliarden Mark ausmache, gegen 40 Milliarden vor dem Kriege. Während aber heute für den Umschlag dieser Produktion eine Geldmenge von 4,3 Milliarden Goldmark erforderlich sei, hätten vor dem Kriege 5,2 Milliarden Goldmark genügt. Der verhältnismäßig hohe Geldumlauf soll die Preissteigerung erklären, sobald wir in der Teuerung nichts anderes als den Beginn einer neuen Inflation zu sehen hätten.

Die erwähnten Tatsachen sind an sich richtig, die Schlussfolgerungen treffen indessen nicht zu. Es ist zu beachten, daß vor dem Kriege der größte Teil der Geschäftsumsätze durch Wechsel und Schecks beglichen wurde. Weber der Wechsel- noch der Scheckverkehr hat heute den Umfang erreicht, den er beispielsweise 1913 hatte. Aber selbst wenn die Zahlen nun heute und 1913 sich nahezu deckten, wäre immer noch ein erheblicher Unterschied vorhanden. Im Jahre 1913 war die volkswirtschaftliche Produktion unzweifelhaft größer, sobald auch der Wechsel- und Scheckverkehr sich auf der Produktionsseite abspielte. Dagegen ist heute der Zwischenhandel überwiegt, weshalb der verhältnismäßig hohe Scheck- und Wechselverkehr noch keinen zuverlässigen Schluß auf die innere Kraft der Produktion zuläßt.

Wenn die Reichsbank trotzdem versucht, durch die Deflation die Wirtschaftskrise zu überwinden, so muß der Versuch mehr als gewagt erscheinen, und zwar schon deshalb, weil die gewaltsame Senkung des Geldumlaufes mehr die Produktion hemmt als die Verteilung. Der Fehler der Reichsbankpolitik, eine Politik, die sich als Wille zur Deflation bezeichnen läßt, liegt darin, daß sie die Produktion in spanische Stiele zwängt. Diese muß notwendig darunter leiden, während der überlebte Dandel sich immer noch behelfen kann. Die Letzter des Zwischenhandels verkürzt sich darum nicht, wenn auch der Gewinn von Fall zu Fall geringer wird, weshalb unter Hinweis auf diesen geringen Gewinn der gesamte Zwischenhandel, — nicht nur der volkswirtschaftlich begründete und darum gerechtfertigte, — die Schuld an der Preissteigerung von sich weisen kann. Das anber nicht daran, daß die Deflationspolitik der Reichsbank mit aller Härte die Produktion trifft. Weiter ist zu beachten, daß die gewaltsame Senkung der Preise durch die Deflation begrenzt ist durch die internationale Verflechtung der Wirtschaft. Es kann sehr wohl der Fall eintreten, daß die Kaufkraft von Dollar und Sterling größer ist als die des Goldmark, sobald nicht einmal die Höhe eines Schutzes gegen den Wettbewerb anderer Länder auf dem Inlandmarkt bieten.

Die Lage der wegen des Memel-Rußisches verurteilten Deutschen.

Genf. Auf eine kleine Anfrage im Breussischen Landtag wegen der sich im litauischen Kerker in Rowno seit sechs Monaten befindenden neun Deutschen, die wegen eines angeblichen Aufschusses auf schweren Justizstrafen verurteilt worden sind, hat der preussische Minister des Innern geantwortet, daß das Schicksal der Verurteilten seit ihrer Verhaftung Anfang August vorigen Jahres den Gegenstand fortgesetzter Bemühungen der Breussischen Staatsregierung und der Reichsregierung bilde. Gegen die Aburteilung durch das Kriegsgericht in Rowno ist bei der litauischen Regierung Verwahrung eingelegt worden. Es ist das Gutachten eines namhaften neutralen Rechtsgelehrten von internationalem Ruf beigebracht worden, das die Rechtswidrigkeit des Verfahrens darlegt hat. Trotzdem ist das Urteil in der Berufungsinstantz vom litauischen Obertribunal bestätigt worden. Es ist alles geschehen, um das Los der Gefangenen nach Möglichkeit zu erleichtern. Für die Ueberführung des erkrankten Väterchen in ein Krankenhaus ist schon vor geraumer Zeit Sorge getragen worden. Infolge Eingreifens der deutschen Gesandtschaft in Rowno ist hinsichtlich der Befestigung und Behandlung der Gefangenen eine durchgreifende Besserung eingetreten. Infolgedessen hat sich auch ihr Gesundheits- und Gemütszustand bedeutend gebessert. Eine baldige Begnadigung herbeizuführen, wird von der Reichsregierung angestrebt.